

NZZ am Sonntag

Migration

Ein historischer Durchbruch in der EU-Asylpolitik

Die EU hat sich am Donnerstag im Grundsatz auf eine neue Migrationspolitik geeinigt. Grenzstaaten wie Italien sollen Asylbewerber künftig konsequent registrieren, aussichtslose Gesuche im Schnellverfahren erledigen und abgewiesene Bewerber rasch ausschaffen. Die Außengrenze der EU würde schärfer bewacht, die illegale Migration deutlich erschwert. Im Gegenzug haben die anderen EU-Länder den Grenzstaaten Solidarität versprochen. Jedes EU-Land wird künftig einen festen Teil der anerkannten Asylsuchenden aufnehmen - oder aber pro Flüchtling 20 000 Euro an die Gemeinschaft zahlen. Um einen solchen Kompromiss hat die EU acht Jahre lang gerungen, seit jenen bängigen Monaten in der Flüchtlingskrise 2015, als Grenzschliessungen plötzlich denkbar schienen und die EU an der Migrationsfrage zu zerbrechen drohte. Erneut zeigt sich nun aber, dass dieses unfertige, zusammengeflückte politische Gebilde sehr viel robuster ist, als seine Kritiker es gerne behaupten. Banken-Crash, Pandemie, Migration: In jeder dieser Krisen zeigten sich die Schwächen und Bruchlinien der EU. Doch aus jeder dieser Krisen ging die Union gestärkt und enger integriert hervor. Wenn die Schweiz ihre Interessen gegenüber Brüssel erfolgreich vertreten will, tut sie gut daran, diese lang verdrängte Realität endlich zur Kenntnis zu nehmen. *Jonas Projer*

Steuern

Tricksereien gehen nicht – am wenigsten beim Fiskus selber

Die Schweiz ist stolz auf die hohe Steuermoral der Bürgerinnen und Bürger. Für uns ist es normal, das Einkommen und die Ersparnisse eigenverantwortlich in der Steuererklärung zu deklarieren. Der Staat vertraut uns, dass wir nicht schummeln. Damit dieses freiheitliche Modell funktionieren kann, muss auch der Staat seine Vorbildrolle wahrnehmen. Der Fiskus darf sich keine Tricksereien leisten. Genau das aber passiert bei der Besteuerung von Wohneigentum. Zwar hat das Bundesgericht klar festgehalten, dass sich der steuerliche Wert einer Immobilie am aktuellen Verkehrswert orientieren muss. Trotzdem foutieren sich die Steuerämter mancher Kantone um diese Vorgabe und ignorieren die massive Wertsteigerung der letzten beiden Jahrzehnte. Eine Villa in Zug zum Beispiel, deren Wert 10 Millionen Franken beträgt, wird von der Steuerbehörde lediglich mit 2 Millionen eingeschätzt. Mit dieser Politik holen die betreffenden Kantone zwar den Applaus der Wohneigentümer - einer wichtigen Wählergruppe. Zu einem hohen Preis allerdings. Schlimmer als der entgangene Ertrag ist das Signal an die Bürger: Wenn selbst der Fiskus nicht so genau hinschaut, kann ich ja auch als Steuerzahler einmal etwas «vergessen». *Albert Steck*

Geschlechtseintrag

Weises Urteil aus Lausanne

Eine Person mit Schweizer Pass hat auf dem Zivilstandsamt ihrer Wahlheimat Berlin (wo das möglich ist) ihr Geschlecht streichen lassen, weil sie sich keinem zugehörig fühlt. Einen Nachvollzug in der Schweiz hat das Bundesgericht diese Woche abgelehnt. Das Schweizer Zivilrecht sieht diese Möglichkeit schlicht nicht vor. Dies zu ändern, ist Sache der Legislative, nicht der Judikative. Gerade für gesellschaftspolitisch tiefgreifende Neuerungen - etwa bei der Fristenregelung oder der Homo-Ehe - ist die demokratische Legitimierung unabdingbar. Das mag etwas länger dauern, stärkt und verankert eine Norm in der Gesellschaft aber nachhaltiger, als wenn eine Richterelite rechtsschöpferisch tätig wird. Egal ob in Lausanne oder in Strassburg. *Thomas Isler*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Lehrpersonen gäbe es genug, aber sie bleiben nicht im Beruf

Heute werden wieder viel mehr Lehrpersonen ausgebildet. Aber viele wandern ab oder reduzieren ihr Pensum. Die Ursachen des Problems werden von der Bildungspolitik ignoriert, **schreibt Carl Bossard**

Robinson Crusoe» von Daniel Defoe zählte in den Jugendjahren zu meiner Lieblingslektüre. Wie habe ich mit dem Schiffbrüchigen mitgezittert! Im Sturm läuft sein Boot auf Grund; Robinson rettet sich an Land. Dann kontrolliert er das Wrack und verschafft sich einen Überblick, macht Inventur und analysiert die Lage. Zielgerichtet geht er ans Werk.

Wer die derzeitige Bildungssituation betrachtet, spürt: Auch in der Bildung sind wir da und dort auf Grund gelaufen, sind wegen Überbürokratisierung manövrierunfähig geworden, vergassen in der stürmischen Reformflut den Kompass und verloren vielfach die Zielkoordinaten aus den Augen. Wir haben das Bildungsboot inhaltlich weit überladen. Viele Lehrkräfte fliehen darum von Bord oder ziehen sich in Teilaufträge zurück. Die NZZ spricht vom «Notfall» Klassenzimmer. Wie bei Robinson braucht es eine ungeschönte Lageanalyse.

Allerdings will kaum jemand die wirklichen Ursachen benennen. Die Kernproblematik bleibt tabu. Die Stäbe in den Bildungsdirektionen flüchten ins Oberflächliche und Unverbindliche. Sie berufen sich auf Pensionierungen, auf Lohnfragen und gestiegene Schülerzahlen. Dabei ist man sich hinter vorgehaltener Hand längst einig, dass die üppige Bürokratie viele Lehrer aus dem Beruf vertreibt. Es ist das, was unter dem Stichwort «Papierkram» daherkommt: Formulare, Berichte, Dokumente. Bildungsverwaltung und Administration wollen Schule und Unterricht von oben steuern; sie wollen standardisieren und reglementieren. So sind für Elterngespräche achtseitige Kriterienraster mit 157 Kompetenzen vorgeschrieben. Da heisst es für ein Kind der fünften Klasse beispielsweise: «Kann Problem- und Konfliktlösungen auf unterschiedlichen Ebenen vergleichen, z.B. Innerschweizer Eidgenossenschaft», unterteilt in vier Niveaustufen. Ein solch enges Raster erstickt jeden persönlichen Austausch.

Vorgaben und Vorschriften wachsen und wuchern. Pädagoginnen aber sollten kreativ sein und spontan gestalten können. Das bedingt Freiheit und Freiraum. Humane Energie fürs Pädagogische resultiert aus Freiheit, nicht aus Direktiven und Dekreten. Gute Pädagogik und Bürokratie passen nicht zusammen. Organisation aber kommt heute vor Interaktion: Da wird gemessen und getestet, evaluiert und verglichen, korreliert und prognostiziert wie noch nie. Freude haben höchstens die Beratungsbüros. Dicke Berichte entstehen und neue Erlasse. Viele Lehrpersonen fühlen sich darum gefangen in den Tentakeln administrativer Fesseln. Sie beklagen das Korsett künstlich konstruierter Komplexität heutiger Schulwelten. «Schule in Ketten», resümiert ein erfahrener Lehrer seine Unterrichtsjahre. Doch die Bildungspolitik blickt konsequent weg.

Viele spüren, dass der Lehrplan 21 mit den zwei frühen Fremdsprachen auf der Primarstufe und der Fülle von Kompetenzen über-

laden ist. Wer die Fachinhalte ausdehnt, minimiert die Übungszeit. Beides lässt sich nicht gleichzeitig maximieren. Das Gesetz der Gegenbuchung! Darunter leiden vor allem der Kernbereich Rechnen und das Grundlagenfach Deutsch mit den Kulturtechniken Lesen und Schreiben. Das macht guten Lehrerinnen und engagierten Pädagogen zu schaffen. Sie hetzen von Thema zu Thema, beklagen manche - ohne die nötige Zeit zum Vertiefen und Üben, ohne genügend Freiraum fürs Erlebnis und das Musische. Das hat seinen Grund: Die Primarstufe hat sich inhaltlich entgrenzt. Gleichzeitig weiss man seit langem um den minimalen Wirkeffekt vor allem von Frühfremdsprachen. Die Langzeitstudie der Zürcher Linguistin Simone Pfenninger weist dies nach; sie stellt den propagierten Wert der frühen Fremdsprachen infrage. Die Bildungspolitik verschliesst die Augen.

Viele erleben, dass die angedachte schulische Integration in dieser Form nicht recht funktioniert. Verhaltensauffällige Schüler belasten den pädagogischen Alltag. Der Wegfall der einstigen Kleinklassen als Folge der Integration ganz unterschiedlicher Kinder in die gleiche Lerngemeinschaft verstärkt die Unruhe im Klassenraum und erschwert den Unterricht. Die Koordinationsabsprachen mit all den Betreuungspersonen sind anspruchsvoll; der administrative Aufwand steigt. Die Arbeitszeit reicht vielfach nicht aus. Das geht auf Kosten des Kernauftrags Unterricht; oft verkommt er gar zur Nebensache. Viele Lehrpersonen können das nicht verantworten und ziehen die Konsequenzen. Auch hier schauen die Stäbe weg.

Nach dem Kentern seines Schiffes verschaffte sich Robinson Überblick. Er analysierte die Lage und konzentrierte sich aufs Wesentliche. Das gilt auch für die Bildungspolitik. Will sie den Lehrermangel beheben, muss sie sich auf den schulischen Kernauftrag besinnen. Schiffbrüchige sind sonst die Schulkinder.

Carl Bossard



Carl Bossard, 74, ist Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug. Davor war er als Rektor der kantonalen Mittelschule Nidwalden und Direktor der Kantonsschule Luzern tätig. Heute begleitet er Schulen und leitet Weiterbildungskurse. Er beschäftigt sich mit schulgeschichtlichen und bildungspolitischen Fragen.